



Rathaus Umschau

Mittwoch, 19. Dezember 2012

Ausgabe 242

muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise	2
Meldungen	2
› Weihnachtsgrüße an Münchner Integral und Motorschiff „München“	2
› Geänderte Anforderungen an Bauanträge zum Jahreswechsel	3
› Öffnungszeiten zwischen den Jahren im RGU	4
› PlanTreff in den Weihnachtsferien geschlossen	5
Baustellen aktuell	6
Antworten auf Stadtratsanfragen	7
› OB-Kandidat Reiters „Wunschliste“ jetzt in Angriff nehmen – Teil 4: Stadtplanung fit für das 21. Jahrhundert	7
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	15



Terminhinweise

Montag, 24. Dezember, 10.15 Uhr, Polizeiinspektion 41, Rapotostraße 1

Oberbürgermeister Christian Ude besucht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von drei Einrichtungen, die mit ihrer Arbeit der Versorgung und Sicherheit der Münchner Bevölkerung an Weihnachten dienen. Nach seinem Besuch bei der Polizeiinspektion 41 ist der OB um **11 Uhr** im Tiefbaubetriebszentrum, Verkehrsleitzentrale, Schragenhofstraße 6, und um **12 Uhr** bei der Feuerwache 7, Moosacher Straße 28, zu Gast.

Donnerstag, 20. Dezember, 12.30 Uhr, im Circus-Krone-Bau, Marsstraße 43

Das Zirkuspferd Scout überreicht Sozialreferentin Brigitte Meier 12.000 Freikarten für bedürftige Münchnerinnen und Münchner für vier Vorstellungen des Circus Krone. Seit über 40 Jahren schenkt der Circus Krone bedürftigen Münchner Kindern und Seniorinnen und Senioren Sondervorstellungen. Weit über 650.000 Bedürftigen wurde dadurch ein unvergesslicher Nachmittag im Circus Krone bereitet. Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Meldungen

Weihnachtsgrüße an Münchner Integral und Motorschiff „München“

(19.12.2012) In einem Schreiben hat Oberbürgermeister Christian Ude der gesamten Zugbesatzung des Triebwagens „München“ bei der Bayerischen Oberlandbahn herzliche Weihnachtsgrüße gesendet: „Im Namen der Landeshauptstadt München und persönlich übermittle ich Ihnen und der gesamten Zugbegleitung des ‚Münchner Integrals‘ herzliche Grüße und verbinde damit die besten Wünsche für ein frohes Weihnachtsfest. Ich freue mich, dass ich am 29. August Gelegenheit hatte, selber mit dem Zug nach Neuhaus zu fahren.“

Auch der Besatzung des Motorschiffes „München“ der Bodensee-Schiffbetriebe wünschte OB Ude ein schönes und besinnliches Weihnachtsfest und dankte für die jahrzehntelange Verbundenheit zur Stadt: „Am 1. August 1962 hieß es für das Patenschiff „München“ zum ersten Mal ‚Leinen los‘. Ich möchte Ihnen deshalb auf diesem Wege für die fünf Jahrzehnte lange Verbundenheit zwischen Ihrem Hause und unserer Stadt danken“;

die mit dem Namen „München“ an dem Schiff zum Ausdruck gebracht wird. Gerne erinnere ich mich an unsere gemeinsame Fahrt am 16. September 2012 anlässlich des Schiffsjubiläums, die mir und allen Eingeladenen viel Freude bereitet hat“.

Geänderte Anforderungen an Bauanträge zum Jahreswechsel

(19.12.2012) Zum Jahreswechsel ändern sich die Bayerische Bauordnung, die dazugehörigen Rechtsverordnungen und die Formulare im Baugenehmigungsverfahren und für Bauanzeigen. Zudem tritt die Fahrradabstellplatzsatzung in Kraft.

Änderungen Bayerische Bauordnung

Zum 1. Januar 2013 wird die Bayerische Bauordnung erneut geändert. Die Änderungen beinhalten einige Klarstellungen, weitere Erleichterungen wie zum Beispiel für den nachträglichen Einbau von Sonnenkollektoren sowie die Pflicht, künftig Rauchwarnmelder in Wohnungen zu installieren.

In einem zweiten Schritt werden die Vorschriften zum barrierefreien Bauen grundlegend neu gefasst. Künftig regelt nicht mehr die Bayerische Bauordnung die Detailvorschriften, sondern die DIN-Norm 18040. Die Norm wird formal als Technische Baubestimmung eingeführt und ist somit bei der Planung und Bauausführung zu beachten. Allerdings enthält die bayerische Variante einige abweichende Bestimmungen. Die Inhalte werden mit der Veröffentlichung der Liste der technischen Baubestimmungen voraussichtlich im Januar bekannt gegeben. Für diese Neuregelung gewährt der Gesetzgeber eine Übergangsfrist bis zum 1. Juli 2013, damit jetzige Planungen noch darauf abgestimmt werden können.

Rechtsverordnungen zur Bayerischen Bauordnung

Die Verordnungen zu den Bauvorlagen, den Feuerungen, den Versammlungsstätten, den Prüferingenieurern, Prüferämtern und Prüfsachverständigen im Bauwesen sowie zu den Zuständigkeiten im Bauwesen werden den Änderungen der Bayerischen Bauordnung angepasst. Sobald hierzu Näheres bekannt ist, informiert das Referat für Stadtplanung und Bauordnung auf unten genannter Internetseite.

Neue Formulare im Baugenehmigungsverfahren und für Bauanzeigen

Zum 1. Januar 2013 werden auch neue amtliche Formulare bekannt gemacht und damit verbindlich vorgeschrieben. Auch hier gibt es eine Übergangsfrist bis zum 30. Juni 2013, mit Ausnahme der Formulare für die Anzeige des Baubeginns oder einer Beseitigung. Diese sind ab dem 1. Januar 2013 verbindlich zu verwenden.

Fahrradabstellplatzsatzung

Die Landeshauptstadt München hat am 25. Juli 2012 eine Fahrradabstellplatzsatzung erlassen, in der geregelt wird, wie viele Stellplätze für Fahr-

räder für ein Bauvorhaben auf dem Baugrundstück herzustellen sind. Diese Satzung tritt ebenfalls am 1. Januar 2013 in Kraft und gilt für alle Bauvorhaben, die ab diesem Zeitpunkt zur Genehmigung beantragt werden. Zum Jahreswechsel ist darauf zu achten, dass für Anträge, die wegen Unvollständigkeit zurückgegeben werden müssen, erst die Frist des neu eingereichten vollständigen Antrags zählt. Bei nachträglichen Änderungsplanungen zu einem noch nicht abgeschlossenen Genehmigungsverfahren kann ebenfalls der Nachweis von Fahrradabstellplätzen erforderlich werden. Für Vorhaben im Freistellungsverfahren gilt der Zeitpunkt der Anzeige beim Referat für Stadtplanung und Bauordnung – Lokalbaukommission als Stichtag.

Weitere Informationen sind unter www.muenchen.de/lbk abrufbar.

Öffnungszeiten zwischen den Jahren im RGU

(19.12.2012) Der Parteiverkehr im Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) ist zwischen Weihnachten und Neujahr eingeschränkt. Folgende Serviceangebote sind geschlossen:

- Das Bauzentrum München (Willy-Brandt-Allee 10) ist von Sonntag, 23. Dezember, bis einschließlich Dienstag, 1. Januar, geschlossen.
- Die Beratungsstelle zu sexuell übertragbaren Krankheiten einschließlich AIDS im Referat für Gesundheit und Umwelt (Bayerstraße 28a) ist von Montag, 24. Dezember, bis einschließlich Dienstag, 1. Januar, geschlossen. Ab Mittwoch, 2. Januar, gelten neue Zeiten bei der Telefonberatung. Sie ist fortan montags, mittwochs und donnerstags von 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 15 Uhr sowie dienstags von 14 bis 18 Uhr unter 2 33-2 33 33 erreichbar.
- Die Abteilung Ärztliche Gutachten im Gesundheitshaus (Dachauer Straße 90) ist am Donnerstag und Freitag, 27. und 28. Dezember, geschlossen – es finden daher keine Belehrungen nach § 43 Infektionsschutzgesetz (IfSG) statt.
- Die Drogenberatung und Clearingstelle im Beratungshaus Paul-Heyse-20 (Paul-Heyse-Straße 20) ist am Donnerstag und Freitag, 27. und 28. Dezember, geschlossen. Die Alkohol- und Medikamentenberatung ist an beiden Tagen zu den üblichen Öffnungszeiten (9 bis 12 Uhr und nach Vereinbarung) erreichbar.
- Die Städtischen Friedhöfe München sind auch an den Feiertagen wie üblich von 8 bis 17 Uhr geöffnet. An Heiligabend, 24. Dezember, sind die Städtischen Friedhöfe wegen der dort angebotenen Weihnachtsmusik bis 18 Uhr geöffnet. Ausnahme ist der Friedhof Bogenhausen, der bereits um 17 Uhr geschlossen wird.



- Eine Rufbereitschaft am Montag, 24. Dezember, von 9 bis 12 Uhr bietet die Schwangerenberatung an. Sie ist telefonisch unter 2 33-4 78 71 erreichbar. Zwischen den Feiertagen arbeiten die Schwangerenberatung sowie der Hausbesuchsdienst der Kinderkrankenschwestern im reduzierten Normalbetrieb.
- Die Gesundheitsberatungsstelle im Hasenberg, die Kinder- und Jugendpsychiatrische Beratungsstelle sowie die telefonische Impfberatung sind nach Weihnachten bis einschließlich Dienstag, 1. Januar, geschlossen.

PlanTreff in den Weihnachtsferien geschlossen

(19.12.2012) Der PlanTreff, die Informationsstelle zur Stadtentwicklung, ist in den Weihnachtsferien ab Donnerstag, 27. Dezember, bis einschließlich Montag, 7. Januar, geschlossen. Der PlanTreff ist während dieser Zeiten via Fax 2 33-2 71 51 oder per Mail: plantreff@muenchen.de erreichbar.



Baustellen aktuell

Mittwoch, 19. Dezember 2012

**Nordumfahrung Pasing - Josef-Felder-Straße
Verkehrsfreigabe am 20. Dezember 2012**

Gestern hat Oberbürgermeister Christian Ude gemeinsam mit Baureferentin Rosemarie Hingerl und dem Bayerischen Staatsminister für Unterricht und Kultus, Dr. Ludwig Spaenle, die Nordumgehung Pasing (NUP) symbolisch für den Verkehr freigegeben.

Im Laufe des Donnerstags, 20. Dezember 2012,

wird die Steuerung der Ampelanlage an die neue Verkehrsführung angepasst, damit der Verkehr in Folge zwischen den Kreuzungen Landsberger Straße / Am Knie und Bodenseestraße / Lortzingstraße offiziell über die neue NUP rollen kann. Dieser Straßenzug trägt dann den neuen Namen Josef-Felder-Straße.

Im Zentrum von Pasing wird die Verkehrsführung über die Weihnachtszeit und den Jahreswechsel noch wie gewohnt beibehalten.

Ab 7. Januar 2013, mit Beginn der Bauarbeiten in der Bäckerstraße für die Straßenbahnverlängerung zum Pasinger Bahnhof, sowie dem Umbau der Landsberger Straße zwischen Am Knie und Pasinger Marienplatz erfolgt dann die Sperrung der Landsberger Straße an der Bäckerstraße in Richtung stadtauswärts. Gleichzeitig wird die Bäckerstraße zur Einbahnstraße in Richtung Pasinger Bahnhofplatz. In der Gleichmannstraße wird die Richtung der Einbahnregelung gedreht und künftig vom Pasinger Bahnhofplatz zur Landsberger Straße führen.

Diese Baumaßnahmen und Verkehrsführungen sind Bestandteil des Konzeptes zur Verkehrsberuhigung und bilden den ersten Schritt zur Umgestaltung der Straßen und Plätze im Zentrum von Pasing.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 19. Dezember 2012

OB-Kandidat Reiters „Wunschliste“ jetzt in Angriff nehmen – Teil 4: Stadtplanung fit für das 21. Jahrhundert

Antrag Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann und Ursula Sabathil (Freie Wähler) vom 13.8.2012

Antwort Referat für Stadtplanung und Bauordnung:

Dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung ist Ihr im Betreff genannter Antrag zur Behandlung zugeleitet worden.

Nach § 60 Abs. 9 der Geschäftsordnung (GeschO) dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadträte nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist.

Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 der Gemeindeordnung und § 22 der GeschO dem Oberbürgermeister obliegt, da der Antrag Fragen aufgreift, die beim Referat für Stadtplanung und Bauordnung in die laufenden Tätigkeiten einfließen.

Eine Behandlung erfolgt daher auf schriftlichem Weg.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung nimmt zu Ihrem obengenannten Antrag im Einzelnen wie folgt Stellung:

Der Antrag fordert, dass sich die Stadt München hinsichtlich der Konzepte und Maßnahmen zur Stadtplanung und Stadtentwicklung auf die Anforderungen des 21. Jahrhunderts einstellt.

Im Einzelnen werden folgende Punkte genannt:

- „1. Der Regionale Planungsverband wird als zentrales Instrument zur koordinierten Planung zwischen Stadt und Umland gestärkt und auch mit den Organen der Bürgerschaft in der Stadt München, den Bezirksausschüssen und dem Stadtrat besser vernetzt.*
- 2. Der Austausch mit Wissenschaft und Forschung auf diesen Gebieten wird intensiviert und z.B. durch Abhaltung international ausgerichteter Fachveranstaltungen gefördert.*

3. *Einrichtungen wie etwa dem Münchner Forum oder auch dem Institut für Städtebau und Wohnungswesen zusammen mit dem Institut der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung und anderen bereits vorhandenen und etablierten Gremien sind dabei gegenüber ‚neuen Erfindungen‘ der Vorrang zu geben.*
4. *Bei Planungen im öffentlichen Raum, wie z.B. der Gestaltung öffentlicher Plätze oder bei Großbauprojekten, sind die Planungswerkzeuge und Vorgehensweisen konsequent auf mehr frühzeitige und aktive Bürgerbeteiligung der Betroffenen vor Ort auszurichten.“*

Einleitend ist hierzu zunächst Folgendes anzumerken:

Mit der PERSPEKTIVE MÜNCHEN hat die Landeshauptstadt München seit 15 Jahren ein integriertes Stadtentwicklungskonzept, das die vielfältigen Herausforderungen für das 21. Jahrhundert aufgreift. Es besteht aus 16 thematischen Leitlinien und über 60 Leitprojekten, die als Beispiel dafür dienen, wie die Ziele konkret umgesetzt werden. 2009 wurde vom Stadtrat eine Fortschreibung des Konzepts beschlossen. Im Rahmen dieser Fortschreibung wurden in den letzten beiden Jahren in einer gemeinschaftlichen Arbeit der Stadtverwaltung mit externen Expertinnen und Experten ein Handlungsraumkonzept sowie vier strategische Leitlinien und ein Leitmotiv für die Stadt entwickelt, die quasi als „Dach“ die thematischen Leitlinien bündeln und diese stärker im Zusammenhang betrachten. Dieses fortgeschriebene Stadtentwicklungskonzept – das im Frühjahr 2012 auch mit der Öffentlichkeit unter „München Mitdenken“ breit diskutiert wurde – stellt nicht nur einen flexiblen Orientierungsrahmen für die Stadtpolitik und Stadtverwaltung dar, der regelmäßig fortgeschrieben wird, sondern zeigt auch nach außen, wohin sich München in Zukunft entwickeln will.

Zu Punkt 1 (Stärkung des Regionalen Planungsverbandes):

Die Landeshauptstadt München kooperiert mit unterschiedlichsten Beteiligten im Großraum München, sowohl mit den Nachbarkommunen als auch den Landkreisen der Region München und in der Europäischen Metropolregion regionsübergreifend.

Die Landeshauptstadt München ist verlässlicher Partner der Landkreise und Kommunen der Region München im Regionalen Planungsverband München – RPV.

Der RPV stellt seit mittlerweile vier Jahrzehnten ein zentrales Instrument zur koordinierten Planung zwischen Stadt und Umland dar. Er ist in der bayerischen Landesplanung kommunal verfasst, das bedeutet, dass alle

Kommunen und Landkreise der Region München verpflichtend Mitglieder des RPV sind und dementsprechend seine Gremien bestücken.

Die 12 Münchner Sitze im Planungsausschuss werden von 10 Stadträtinnen und Stadträten, dem Oberbürgermeister und der Stadtbaurätin ausgefüllt, sodass die Stadtpolitik über diese Beteiligung aktiv in die Regionalplanung eingebunden ist. Zudem sind im Internet: www.region-muenchen.com/aktuell/a12frame.htm die öffentlich zugänglichen Sitzungsunterlagen eingestellt.

Mit dem Wachstum von Stadt und Umland in den letzten Jahrzehnten haben die wechselseitigen Vernetzungen und Abhängigkeiten, beispielsweise im Bereich der Mobilität, stark zugenommen. Daher sind neben dem formalen Gremium des RPV weitere, weniger formalisierte Initiativen oder Runde Tische entstanden. Zu nennen sind hier im Bereich der Mobilität beispielsweise die Inzell-Initiative und die AG Mobilität der Europäischen Metropolregion München (EMM). Letztere trägt dem Umstand Rechnung, dass Pendlerbeziehungen heute meist weit über die Grenzen Regionaler Planungsverbände hinaus reichen, erstere versucht, das Expertenwissen wichtiger Akteure aus Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft einzubeziehen, um über konkrete Projekte und Feldversuche Ideen für Planung und Politik zu entwickeln. Diese Initiativen haben sich inzwischen durch ihre Projektarbeit neben dem RPV etabliert.

Im Folgenden wird – zusammenfassend – das Engagement der Landeshauptstadt München unter anderem in folgenden Verbänden, Vereinen und Arbeitsgruppen mit freiwilliger Mitgliedschaft aufgeführt:

- im Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München – PV,
- im Verein zur Sicherstellung überörtlicher Erholungsgebiete in den Landkreisen um München – EFV,
- im Heideflächenverein – HFV,
- im Dachauer Moosverein – DMV,
- im Isartalverein – ITV,
- in der Europäischen Metropolregion München – EMM,
- in der Inzell-Initiative und
- in der MORO (= Modellvorhaben der Raumordnung)-Arbeitsgemeinschaft Siedlungsentwicklung.

Die Notwendigkeit einer Intensivierung der kommunalen Zusammenarbeit, auch über die gesetzlich oder administrativ verpflichtenden Abstimmungsverfahren und Gremienarbeiten hinaus, wurde zuletzt beim Zukunftskongress „Langfristige Siedlungsentwicklung München“ im Februar 2012 deutlich. Angetrieben durch die dortigen Beiträge und Diskussionen zu

Siedlungsentwicklung, Mobilität, Versorgung, Freiraumversorgung u.v.m. in der Region, werden derzeit die oben genannten bestehenden Kooperationen ausgebaut und gemeinsame Projekte zum Thema vorbereitet. Insbesondere der PV hat mit einer Arbeitsgruppe „Langfristige Entwicklung der Region München“ unter Beteiligung der Landeshauptstadt München dabei die Initiative ergriffen. Dies ist insbesondere hinsichtlich der prognostizierten Bevölkerungszunahme sowie der Bewältigung dieses Wachstums durch vorhandene Bauflächenreserven in der Region München von großer Bedeutung.

Wie die obigen Ausführungen zeigen, ist die Landeshauptstadt München aktuell mit einer Intensivierung der Zusammenarbeit in bestehenden Gremien befasst und bereitet darüber hinaus einen Beschluss zu den Handlungsempfehlungen aus dem Prozess „Langfristige Siedlungsentwicklung München“ vor, in dem weitere Maßnahmen und Handlungsansätze insbesondere auf regionaler Ebene dem Stadtrat vorgeschlagen werden. Eine Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit kann allerdings nicht von der Landeshauptstadt München allein bestimmt werden, sondern nur in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den übrigen Akteuren erfolgen.

Aus den vorgenannten Gründen setzt das Referat für Stadtplanung und Bauordnung in der Betreuung der oben genannten Partnerschaften und bei der Umsetzung der gemeinsamen Ziele besonders auf informelle Vorgehensweisen, intensive Kommunikation und kooperative Strategien hinsichtlich konkreter Projekte.

Zu Punkt 2 (Austausch mit Wissenschaft und Forschung):

Der Austausch mit Wissenschaft und Forschung erfolgt bereits bei zahlreichen Projekten und wird dort, wo es sinnvoll ist, auch zukünftig fortgeführt.

Beispielhaft sind folgende Projekte zu nennen:

Projekt Langfristige Siedlungsentwicklung (LaSie)

Im Projekt Langfristige Siedlungsentwicklung des Referates für Stadtplanung und Bauordnung geht es neben der innerstädtischen Entwicklung auch um Lösungsansätze auf regionaler Ebene. Die TU München (Lehrstuhl Prof. Thierstein) ist an diesem Projekt maßgeblich als koordinierender Verkaufsträger und Moderator beteiligt.

Auch der Zukunftskongress im Februar 2012 hierzu stellte eine Fachveranstaltung mit regionalen, deutschlandweiten und internationalen Akteurinnen und Akteuren dar.

Projekt Siedlungsentwicklung und Mobilität

An dem 2011 abgeschlossenen Projekt „Siedlungsentwicklung und Mobilität“, das von der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern finanziell gefördert wurde, war die Universität Hamburg-Hamburg (Lehrstuhl Prof. Gertz) als Werkauftragnehmer beteiligt.

EU-Projekt URBACT II „The role of cities in integrated regional development“ (CityRegion.Net)

Unter der Leadpartnerschaft der Stadt Graz wurde von Oktober 2008 bis März 2011 gemeinsam mit den Städten Arezzo/Italien, Czestochowa/Polen, Kielce/Polen, Châlons-en-Champagne/Frankreich, Oradea/Rumänien, Trikala/Griechenland und Zürich/Schweiz ein Projekt zur umsetzungsorientierten Regionalplanung durchgeführt. Unter der Federführung des Referates für Arbeit und Wirtschaft wurde das Referat für Stadtplanung und Bauordnung inhaltlich beteiligt.

Das Projekt CityRegion.Net beschäftigte sich vor allem mit folgenden Fragestellungen, die auf den Ergebnissen der 2007 abgeschlossenen Studie „Empowering our metropolitan regions through new forms of cooperation“ des niederländischen Euricur-Instituts aufbauten:

- Wie können neue Partner in den Kooperationsprozess einbezogen werden, insbesondere aus der Wirtschaft? Welche Partner sind das? Wie können das Regionsbewusstsein und das Gespür für mögliche/notwendige Verbesserungen bezüglich Lebensqualität und Wirtschaftskraft gefördert werden?
- In welchen Bereichen sollte die überörtliche Zusammenarbeit verstärkt oder reorganisiert werden? Welche konkreten Aufgaben eignen sich dafür, welche nicht?
- Welche finanziellen Instrumente könnten die regionale Kooperation verbessern?
- Ausarbeitung eines Aktionsplans mit konkreten Umsetzungsmaßnahmen.

MORECO (Mobility and Residential Costs)

Das EU-Projekt MORECO hat zehn Partner aus fünf Ländern des Alpenraums und läuft von Juli 2011 bis Juni 2014. MORECO zeigt den Zusammenhang zwischen Wohnstandortentscheidungen, Mobilitätskosten und langfristigen Folgeerscheinungen auf und will dadurch eine nachhaltige Raumentwicklung fördern. Das Projekt wird aus dem EFRE-Fonds gefördert. Zielgruppen des Projekts sind alle, die im regionalen Kontext Einfluss auf private Standortentscheidungen haben:

- Wohnungssuchende, aber auch der öffentliche Wohnungsbau sowie Banken
- Raumplaner und Verkehrsplaner sowie öffentliche Verkehrsanbieter
- Politische Entscheidungsträger- und Trägerinnen und vollziehende Verwaltung, insbesondere auf kommunaler Ebene.

In München baut MORECO auf die Studie „Siedlungsentwicklung und Mobilität“, den Erreichbarkeitsatlas der Europäischen Metropolregion München sowie den Wohn- und Mobilitätskostenrechner des MVV auf. An den Wulfhorst-Lehrstuhl der TU München wurde eine Untersuchung vergeben, die die Auswirkungen stark erhöhter Energiepreise (Mobilitätskosten) auf einzelne Standorte innerhalb der Region München untersucht.

PERSPEKTIVE MÜNCHEN

- Im Rahmen der Fortschreibung der PERSPEKTIVE MÜNCHEN wurde durch die Einberufung eines Beratungsgremiums (Fachbeirat) die Zusammenarbeit mit Wissenschaft und externen Expertinnen und Experten vertieft. Der Fachbeirat besteht neben allen Referentinnen und Referenten der Stadtverwaltung sowie Stadträtinnen und Stadträten der Landeshauptstadt München aus 16 namhaften Expertinnen und Experten aus Deutschland und der Schweiz, die unterschiedliche wissenschaftliche Bereiche Universitäten und Forschungsinstitute, Verbände, Kammern und Kommunen vertreten. Dieses Gremium hat die Verwaltung bei der Fortschreibung der PERSPEKTIVE MÜNCHEN in mehreren Sitzungen unterstützt und beraten.
- Im Rahmen des Leitprojektes „Kinder- und familienfreundliches Wohnen“ der PERSPEKTIVE MÜNCHEN wurde eine quartiersbezogene Untersuchung zu familienfreundlichen Strukturen in enger Zusammenarbeit mit externen Expertinnen und Experten erstellt.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung als Praxispartner in verschiedenen Forschungsprojekten im Themenbereich Stadtplanung und Stadtentwicklungsplanung, so z.B.

- Projekt der res urbana GmbH und des Deutschen Institutes für Urbanistik: Segregation, Konzentration, Polarisierung – sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007-2009
- Projekt des Institutes für sozial-ökologische Forschung: Klimawandel und Alltagshandeln – Potenziale, Strategien und Instrumente für CO₂-arme Lebensstile in der Null-Emissions-Stadt
- Europäisches Kooperationsprojekt von Ecofys (Projektkoordinator): POLIS (Identification and Mobilisation of Solar Potentials via Local Strategies).

Europäische Metropolregion München (EMM) – Facharbeitsgruppe „Erreichbarkeitsatlas“

Hier besteht eine tragfähige Kooperation mit der Technischen Universität München (TUM), die die internationale Vernetzung zur Erreichbarkeitsforschung und den wissenschaftlichen Austausch maßgeblich vorantreibt.

Zu Punkt 3 (Vorrang etablierter Einrichtungen):

Wie schon dargestellt, besteht bereits eine Vielzahl von Aktionsbündnissen auf regionaler Ebene. Daneben setzen sich auch das Münchner Forum sowie das Institut für Städtebau und Wohnungswesen der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung teilweise sehr konkret mit regionalen Fragestellungen auseinander. Die Landeshauptstadt München bzw. das Referat für Stadtplanung und Bauordnung nimmt deren Anregungen stets gerne auf und arbeitet mit diesen zusammen.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung hat sich im Novellierungsverfahren zum Landesplanungsgesetz für eine Stärkung der Regionalplanung eingesetzt und setzt sich weiter im laufenden Anhörungsverfahren zum Landesentwicklungsprogramm für eine Stärkung der regionalen Zusammenarbeit, insbesondere hinsichtlich der Möglichkeit regionaler Konzepte und interkommunaler Kooperationen ein. Es steht dabei auch in engem fachlichen Austausch zu den genannten Akteuren.

Solange allerdings die bestehenden Strukturen Handlungsbedarf erkennen lassen, der ohne die genannten weitgespannten Allianzen nicht lösbar ist, werden pragmatische Lösungsansätze wie der genannte „Verbundtisch“



oder ein „europäischer Erfahrungsaustausch (Großstadtkongress)“ begrüßt und unterstützt, da solche Initiativen auf der Ebene der Landeshauptstadt München ergriffen und bewältigt werden können.

Zu Punkt 4 (Bürgerbeteiligung):

Dem Thema Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit kommt im Referat für Stadtplanung und Bauordnung eine wichtige Bedeutung zu und wird bereits in verschiedenen Verfahren erfolgreich praktiziert. Eine umfassende Darstellung der entsprechenden Aktivitäten wird in der Stadtratsvorlage, die voraussichtlich am 21.11.2012 (gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung, des Verwaltungs- und Personalausschusses und des Finanzausschusses) und am 28.11.2012 (Vollversammlung) im Stadtrat behandelt wird, erfolgen.

In der vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung erstellten Vorlage werden – auch anhand von zahlreichen Beispielen – die gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren (Bauleitplanung, Planfeststellungsverfahren, Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen) ebenso ausführlich behandelt, wie die sonstige Öffentlichkeitsarbeit und speziell die Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit der PERSPEKTIVE MÜNCHEN.

Ihr Antrag Nr. 08-14/A 03598 vom 13.08.2012 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 19. Dezember 2012

Olympia Eissportzentrum

Antrag Stadtrats-Mitglieder Verena Dietl, Alexander Reissl (SPD), Stadträte Josef Schmid, Mario Schmidbauer (CSU), Stadträtinnen Jutta Koller, Sabine Krieger (Bündnis 90/Die Grünen) und Stadtrats-Mitglieder Dr. Michael Mattar, Christa Stock (FDP)

Situation am Städtischen Kindergarten und Hort an der Blumenauer Straße 9 verbessern

Anfrage Stadtrat Josef Schmid (CSU)

SPD-Fraktion

Die Grünen/RL-Fraktion

CSU-Fraktion

FDP-Fraktion

Herrn Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Alexander Reissl
Verena Dietl
Jutta Koller
Sabine Krieger
Josef Schmid
Mario Schmidbauer
Dr. Michael Mattar
Christa Stock
Stadtratsmitglieder

München, 19.12.2012

Olympia Eissportzentrum

Antrag

1. Das Olympia Eissportzentrum wird durch einen Neubau am Standort ersetzt.
2. Das neue Eissportzentrum dient
 - dem Publikumseislauf
 - dem Vereinssport und Leistungssport (Eishockey, Eiskunstlauf, Eisschnelllauf, Shorttrack)
 - dem Profisport (Eishockey, Basketball).
3. Die unter Ziffer 2 genannte Nutzung durch Profisport setzt langfristige Verpflichtungen der interessierten Nutzer voraus.
4. Planungskonzepte/ Vorplanungen sollen dem Stadtrat bis Ende 2013 vorgestellt werden.
5. Dem Stadtrat werden mögliche Finanzierungsmodelle dargestellt.

Begründung:

Die erste Eislaufhalle des Olympia Eissportzentrums ist weit über vierzig Jahre in Betrieb. Mittlerweile ist hier ein erheblicher Sanierungsaufwand festzustellen. Das Eislaufzentrum wird sehr intensiv genutzt, weiterer Bedarf besteht. Zwei Profisportvereine bekunden öffentlich immer wieder Interesse an einem dauerhaften Spielbetrieb in einer Halle mittlerer Größe. Bei Betrachtung der verschiedenen Anforderungen (Sanierung, Nutzer) scheint der Neubau des Olympia Eissportzentrums eine sinnvolle Lösung zu sein. Der Ausbaustandard des neuen Eissportzentrums soll sich an der Langfristigkeit/Nachhaltigkeit des Profieishockeys orientieren.

gez.

Alexander Reissl
Verena Dietl
Stadtratsmitglieder

Jutta Koller
Sabine Krieger
Stadtratsmitglieder

Josef Schmid
Mario Schmidbauer
Stadtratsmitglied

Dr. Michael Mattar
Christa Stock
Stadtratsmitglieder

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Josef Schmid

ANFRAGE

19.12.12

**Situation am Städtischen Kindergarten und Hort
an der Blumenauer Straße 9 verbessern**

Nach Schilderungen vieler Eltern und Elternvertreter sind sowohl die personellen / organisatorischen als auch die hygienischen Bedingungen an der städtischen Kindertagesbetreuungseinrichtung an der Blumenauer Str. 9 dringend verbesserungsbedürftig. So wechselten kurz vor den Sommerferien fast alle Mitarbeiterinnen im Kindergarten den Arbeitsplatz, nach den Ferien verließen weitere Betreuerinnen den Hort. Die Personalsituation im Kindergarten hat sich jetzt wieder etwas entspannt, im Hort aber herrscht große Personalnot.

Deshalb müssen die Öffnungszeiten reduziert werden und es treten bei den Kindern vermehrt Verletzungen wie z.B. Verbrennungen oder Platzwunden auf. Die Situation wird durch eine Rattenplage vor Ort verschärft.

Die Eltern und Elternvertreter haben sich bereits hilfesuchend an das Referat für Bildung und Sport sowie an den gemeinsamen Hortbeirat gewandt. Eine Unterstützung zur Verbesserung der Situation ist aber nicht erfolgt. Die Bedingungen im Hort sind so nicht länger tragbar.

Ich frage deshalb den Oberbürgermeister:

1. Welche Maßnahmen plant das Referat für Bildung und Sport, um die Situation an der Kindertageseinrichtung an der Blumenauer Str. 9 nachhaltig zu verbessern?
 - a) Im Hinblick auf die Personalsituation im Kindergarten und im Hort.
 - b) Hinsichtlich der Probleme mit den Nagern.
2. Wann werden die Verbesserungen und gegebenenfalls eine Zwischenlösung umgesetzt?
3. Ist es pädagogisch und rechtlich vertretbar, dass über 40 Kinder von einer Erzieherin und einer Praktikantin betreut werden?

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender